

# Chancen neuer Regelungen zur Vertragsgestaltung in der Lebensmittelwertschöpfungskette am Beispiel des Milchsektors

## Impulspapier 1/2024

erarbeitet im Projekt

Agrarmärkte nachhaltig gestalten

**Kontakt:****Dr. Karin Jürgens**

AgrarBündnis e.V.

Projektbüro Gleichen

Heiligenstädter Str. 2, 37130 Gleichen

Tel.: +49 (0) 5592 92 75 67

E-Mail: juergens@agraruendnis.de

**Jochen Dettmer**

Vorstandssprecher Neuland e.V.

An der Eiche 6, 39356 Belsdorf

Germany

Tel.: 0049/39055/413

Fax: 0049/39055/99431

E-Mail: neuland-dettmer@t-online.de

**Teilnehmer\*innen der Kasseler Runde:**

- Olaf Bandt, BUND Umwelt & Naturschutz
- Jochen Dettmer, AgrarBündnis e.V. und Neuland e.V.
- Hugo Gödde, Neuland e.V.
- Elmar Hannen, European Milk Board
- Karin Jürgens, AgrarBündnis e.V.
- Sebastian König, BUND Umwelt & Naturschutz und AgrarBündnis e.V.
- Onno Poppinga, ehemals Professor für regionale Agrarpolitik, Universität Kassel
- Eberhard Prunzel-Ulrich, Vereinigung norddeutscher Direktvermarkter
- Wolfgang Reimer, Agrarsoziale Gesellschaft e.V.

Redaktion, Gestaltung und Satz:

AgrarBündnis e.V.

© 2024

Das vorliegende Impulspapier soll den Mitgliedsverbänden des AgrarBündnis als Diskussionsgrundlage für ihre weitere politische Arbeit dienen. Es stellt keinen Beschluss dar, sondern fasst die im Rahmen des Projektes "Agrarmärkte nachhaltig gestalten" bearbeiteten Diskussionsergebnisse zusammen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>B. Hintergrund: Umsetzung des EGALIM-Gesetzes in Frankreich .....</b>	<b>5</b>
<b>C. Bewertung: Neue Instrumente zur Vertragsgestaltung im Milchsektor.....</b>	<b>8</b>
<b>D. Wie wird weitergearbeitet? .....</b>	<b>9</b>
<b>E. Fair-Gerecht-Nachhaltig als gemeinsame politische Strategie? .....</b>	<b>10</b>

## A. Einleitung

Am 2. April 2024 fand im Rahmen des Projektes "Agrarmärkte nachhaltig gestalten" das zweite Treffen der Kasseler Runde statt. Die "Kasseler Runde" ist im Rahmen eines Vorläuferprojekts entstanden und hat u.a. das Diskussionspapier „Kostendeckende Erzeugerpreise statt Prämien! Für mehr Fairness auf den Agrarmärkten“ erarbeitet. Diese Diskussion wurde auf dem Treffen mit Blick auf aktuell in Deutschland diskutierte Instrumente zur Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeuger\*innen in der Lebensmittelwertschöpfungskette fortgesetzt. Hierbei ging es insbesondere um die Ausgestaltung und Anwendung

- des Art. 148 der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 (GMO), der dazu beitragen soll, die vertraglichen Lieferbeziehungen zwischen Milcherzeuger\*innen und Molkereien ausgewogener zu gestalten und
- der mit Art. 210a GMO geschaffenen kartellrechtlichen Ausnahme für gemeinsame Initiativen für Nachhaltigkeit in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette.

Sie stehen als weitere Instrumente neben dem im Rahmen des Agrarorganisationen- und Lieferketten-Gesetz (AgrarOLkG) geforderten gesetzlichen Gebotes des Kaufs zu kostendeckenden Erzeugungspreisen zur Verfügung.

Bei beiden Gesetzesinitiativen ist die Ermittlung der Produktionskosten als eine wichtige Basis zukünftiger Vertragsgestaltungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeuger\*innen und Molkereien von großer Bedeutung.

Auf der Agenda des zweiten Treffens stand vor diesem Hintergrund zunächst die fachliche Auseinandersetzung mit dem in Frankreich im Jahr 2017 eingeführten EGALIM-Gesetz. Indem Produktionskosten in die Preisbildungsprozesse einbezogen werden, sollte dieses Gesetz für mehr Marktgleichgewicht und eine bessere Verteilung der Wertschöpfung in der Lebensmittelkette sorgen und darüber den Landwirt\*innen ein gerechtes Einkommen ermöglichen ("ein System, wo man von unten nach oben geht"). Mittlerweile wurde das Gesetz zweimal angepasst (EGALIM 1, 2 u.3).

Das EGALIM Gesetz hat in Frankreich insbesondere im Milchsektor eine immense Bedeutung gewonnen und zu großen Diskussionen geführt, auch wenn es sich nicht spezifisch nur auf diesen Sektor bezieht. Von den anderen Sektoren wurde es kaum aufgegriffen.

In Deutschland wird über das EGALIM-Gesetz und seine Wirkungen bisher nur sehr allgemein berichtet und informiert. Gleichwohl wird es aber auch sehr kritisch diskutiert. Der Deutsche Bauernverband und auch die Milchindustrie lehnen die angesprochenen Instrumente kategorisch ab. Dabei nutzen sie das verkürzte Scheinargumentes der "Gefahr der staatlichen Preisregulierung". Aber auch unter den eigenständigen Milcherzeugerverbänden herrscht eine große Skepsis, u.a., weil die Gesetzesinitiative in Frankreich längst nicht die erwarteten positiven Wirkungen auf die Milcherzeugerpreise hatte.

Zur Vorbereitung der Debatte in der Kasseler Runde waren drei Fachexperten für Impulsreferate eingeladen.

- **Benoît Rubin**, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft im Institut de l'élevage (IDELE, [www.idele.fr](http://www.idele.fr)) referierte über die Grundlagen und Wirkungen der in seinem Institut geschaffenen Referenzindikatoren für die Vertragsgestaltung im Milchsektor.

- *Adrien Lefèvre*, Vorstandsmitglied in der Milcherzeugergemeinschaft Faire France und in der APLI (Association des producteurs de lait indépendants) kommentierte die Wirkungen des EGALIM aus Erzeugersicht.
- *Elmar Hannen*, Vorstandsmitglied im European MilkBoard (EMB) berichtete über den aktuellen Diskussionsstand zu Art. 148 und Art. 210a GMO in Deutschland.

## B. Hintergrund: Umsetzung des EGALIM-Gesetzes in Frankreich

### 1. *Das französische Beispiel zeigt, dass die Berücksichtigung von Produktionskosten als Referenzindikator für die Vertragsgestaltung möglich ist.*

Das IDELE hat in Frankreich in Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Buchhaltungszentren und Beratungsorganisationen einen beispielhaften Weg zur Ermittlung der Produktionskosten erarbeitet.

Im EGALIM 1 Gesetz ist festgeschrieben, dass entweder die Branchenorganisationen oder die staatlichen technischen Fachinstitute im Rahmen ihrer Aufgaben die Produktionskosten und weitere relevante Indikatoren veröffentlichen müssen. Vor diesem Hintergrund wurde das Institut de l'Elevage (IDELE) vom französischen Branchenverband CNIEL (Centre National Interprofessionnel de l'Economie Laitière)<sup>1</sup> damit beauftragt, ein repräsentatives Verfahren zur Ermittlung der Produktionskosten zu entwickeln. Das CNIEL hat das vom IDELE unter dem Namen COUPROD eingeführte Verfahren mittlerweile anerkannt und veröffentlicht die darüber ermittelten Ergebnisse zu den Produktionskosten in einem Dashboard (cniel-infos.com).

Für die Produktionskostenberechnung werden dem IDELE die nötigen Daten jedes Jahr von den landwirtschaftlichen Buchstellen übermittelt. Aktuell sind dies Daten einer repräsentativen Stichprobe von 4.000 französischen Milcherzeugungsbetrieben, die nach realer Verteilung der Milcherzeugungsbetriebe in den französischen Regionen zusammengestellt ist. Den Buchstellen wird für ihre Arbeit ein standardisierter Erhebungsbogen bereitgestellt.

Auch wenn die Daten der Buchstellen 3-4 Monate aktueller als die französischen Testbetriebsdaten sind, liegen auch die über COUPROD veröffentlichten Produktionskosten um noch mindestens ein Jahr zurück. Deshalb werden den Marktteilnehmer\*innen zusätzlich verschiedene Preisindizes zu landwirtschaftlichen Betriebsmitteln bereitgestellt (aus dem Datensatz I-PAMPA, sie entsprechen den landwirtschaftlichen Preisindizes des statistischen Bundesamtes DESTATIS)<sup>2</sup>.

Anders als bei den freiwilligen deutschen Initiativen (Orientierungspreis Milch, Bio-MMI, MMI) werden vom IDELE keine nationalen oder regionalen Durchschnittszahlen (Nord, Ost und Süd beim MMI) veröffentlicht, sondern es werden die Produktionskosten für vier unterschiedliche Referenzsysteme der Milcherzeugung ausgewiesen: jeweils für konventionelle/ökologische Milchviehbetriebe in Berggebieten und in der Ebene.

---

<sup>1</sup> Die 1973 gegründete CNIEL ist der zentrale Branchenverband im französischen Milchsektor.

<sup>2</sup> Im Konzept zur Ermittlung der Milcherzeugungskosten in Deutschland (BAL MMI) werden diese Preisdaten ebenfalls zur Berechnung des aktuellen Kostenstandes verwendet. Im Unterschied zum französischen Ansatz geht der Berechnungsansatz hier weiter, da unter Verwendung der Preisdaten eine Hochrechnung der Kosten auf aktuellen Stand etabliert wurde.

**2. Es gibt einige wichtige Aspekte bei der Kostenberechnung, die nur mit einer frühzeitigen Beteiligung der Erzeugerseite und über gemeinsame Einigungsprozesse für alle Seiten zufriedenstellend gelöst werden können.**

Gerade aus der Perspektive der Erzeuger\*innen gibt es viele Fallstricke, die bei der Entwicklung des methodischen Konzeptes zur Ermittlung der Produktionskosten beachtet werden müssen. Für das Forschungsinstitut IDELE ist die Transparenz und Nachvollziehbarkeit der Methode sehr wichtig. Die Hauptaufgabe des Branchenverbandes CNIEL besteht von seiner Entstehungsgeschichte her gesehen darin, die Milchindustrie in kohärenter Art und Weise zu organisieren, um ihre wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Neben technischen und wissenschaftlich methodischen Fragen sind bei der Entwicklung des Konzeptes aber auch viele normative Aspekte zu verhandeln.

Das IDELE veröffentlicht für die vier Referenzsysteme der Milchproduktion (s.o.) jeweils sowohl die **Gesamt-Produktionskosten** (alle laufenden Kosten incl. Arbeitskosten, Abschreibungen und kalkulatorische Kosten) und den **Selbstkostenpreis** (Abzug der Erlöse aus weiteren Betriebszweigen sowie Abzug aller gekoppelten und entkoppelten Beihilfen von den Gesamt-Produktionskosten). Beide Referenzergebnisse können wiederum auf zwei verschiedenen Arbeitskostenniveaus basieren (1,5-facher bzw. 2-facher Mindestlohn).

Das Arbeitszeitaufkommen in landwirtschaftlichen Betrieben ist statistisch nur unzureichend erfasst. Nichtsdestotrotz müssen anhand objektiv nachvollziehbarer Kriterien angemessene Arbeitskosten für den Betriebsleiter\*in und weitere nicht entlohnte mitarbeitende Familienangehörige berücksichtigt werden. Erst nach Kritik von Milcherzeugervertreter\*innen im CNIEL wurde neben dem 1,5-fachen auch der 2-fache Mindestlohn zur Ermittlung der Arbeitskosten verwendet. Aus Sicht der französischen Erzeuger\*innen ist die Berechnung der Arbeitskosten dennoch unbefriedigend gelöst, weil sich der verwendete Mindestlohnsatz<sup>3</sup> von 21.421 Euro pro Jahr (+ pauschal 30% Sozialbeiträge) auf den tarifvertraglichen Standard einer 35-h Arbeitswoche bezieht. Neben der unrealistischen, viel zu niedrigen Arbeitszeit und der Höhe der angesetzten Sozialbeiträge stehen zudem der Abzug von Beihilfen, die nicht mit der Milcherzeugung zusammenhängen (z.B. konkrete Leistungen für den Umweltschutz) in der Kritik.

Nötige Gewinne und Abschreibungen für Investitionen, steigende Zinskosten und die Inflation sind in den Produktionskosten ebenfalls nicht berücksichtigt.

**3. Die Veröffentlichung zurückliegender Ergebnisse zu den Produktionskosten hat die Entwicklung der Milchauszahlungspreise in Frankreich negativ beeinflusst.**

Eine immense Bedeutung hat die Aktualität der vorgelegten Referenzindikatoren. Die vom IDELE veröffentlichten Ergebnisse zu den Produktionskosten sind nicht jahresaktuell. Die für das Jahr 2022 veröffentlichten Produktionskosten wurden auf Basis der Daten von 2020 und 2021 ermittelt und die für das Jahr 2023 auf Basis der Daten von 2022.

---

<sup>3</sup> In Frankreich SMIC (Salaire minimum de croissance)

Für die Verarbeiter\*innen galten die veröffentlichten Zahlen aber sofort als das "Maß der Dinge". Durch den Ukraine-Krieg und die Inflation hat es viele Preisverschiebungen und Kostensteigerungen im Agrarsektor gegeben. Das EGALIM-Gesetz führte deshalb in Frankreich zu viel zu geringen Milchauszahlungspreisen ("das Gesetz hat uns eingesperrt"). Dies war für die Milcherzeuger\*innen außerordentlich frustrierend. Die Ausweisung verschiedener Produktionskostenindikatoren (Gesamtkosten, Selbstkostenpreis) war bei den Verhandlungen zusätzlich verwirrend. Auch liegen nicht für alle Kostenarten auch Daten zur Preisentwicklung vor.

Zu welchem Zeitpunkt die Indikatoren veröffentlicht und welche Preisindices und Preisanpassungsmechanismen in Verträgen berücksichtigt werden sind deshalb wichtige Verhandlungsaspekte.

#### **4. Ohne die Stärkung der Verhandlungsmacht der Erzeugerorganisationen geht es nicht.**

Das EGALIM-Gesetz schreibt keine Preise vor, aber es ermöglicht es den Erzeuger\*innen und Verarbeiter\*innen, die Produktionskosten zu berücksichtigen. Die zu verwendenden Indikatoren und Preisformeln werden nicht präzisiert. Über diese muss sich bei der Vertragsgestaltung geeinigt werden. Deshalb gibt es heute Vertragskonstellationen ganz ohne Preisformel, oder solche, in denen beispielsweise nur 25% der Milcherzeugungsmenge einer Preisformel unterliegen. Nur in sehr wenigen Verträgen werden bisher 100% der Milcherzeugungsmenge berücksichtigt. Die Inhalte der Vertragsgestaltung müssen zudem nicht veröffentlicht werden. Für die französischen Erzeuger\*innen besteht deshalb die Herausforderung, den Anteil der in Verträgen mit Preisformel vermarkteten Milch zu vergrößern. Bei den Verhandlungen stehen Akteure mit sehr unterschiedlichem Fachwissen gegenüber. Viele Erzeugerorganisationen sind nicht stark genug gegenüber den Verarbeitungsunternehmen. Sie repräsentieren mehr, als das sie verhandeln und haben keinen eigenen Vermarktungsweg.

#### **5. EGALIM hat zu Fortschritten und Veränderungen im Milchmarkt geführt und erleichtert Erzeuger\*innen die Verhandlungen.**

Durch die Vielfalt des Milchsektors werden die Indikatoren sehr unterschiedlich genutzt. Die in den Verträgen getroffenen Regeln zwischen den Erzeuger\*innen und Verarbeitern unterscheiden sich in der Realität sehr stark, abhängig davon ob es sich um genossenschaftliche oder private Molkereien handelt, aber auch von den unterschiedlichen (Verarbeitungs-)produkten oder Kunden (Lebensmitteleinzelhandel, Großgebäude, Süßwarenindustrie, Exportmilch).

Trotz aller bestehenden Probleme hat das EGALIM-Gesetz zu Fortschritten geführt. Es gibt beispielhafte Dreiparteien-Verträge zwischen Erzeugern, Verarbeitern und LEH, in denen die Preisformeln angepasst und eigene Indizes verwendet werden. Dadurch ist der Anteil der Milcherzeugungsmenge, dessen Preis ausgehend von den Produktionskosten verhandelt wird, größer geworden.

Die Milcherzeugerpreise weisen mittlerweile eine größere Differenz auf. Gerade Molkereien, die mit dem Lebensmitteleinzelhandel zusammenarbeiten, wenden das EGALIM Gesetz zum Teil zu 100% an. Dort werden die Erzeugerbetriebe besser bezahlt.

Die Verhandlungen mit den Verarbeitern sind für die Erzeuger\*innen durch das Gesetz einfacher geworden. Bei den Agrarrohwaren erkennt der Handel die Kosten zu 100% an (seit Einführung von EGALIM 2 gibt es eine Transparenzpflicht für den Preis der Rohstoffe, der nicht mehr verhandelbar ist, sowie mehrere Preisanpassungsmechanismen).

Das größte Problem bleibt das Kräfteverhältnis auf dem Milchmarkt. Große Genossenschaftsmolkereien, die auf den Export ausgerichtet sind, nutzen die Indikatoren nicht. In Frankreich erfassen diese Molkereien aber 55% der nationalen Milcherzeugungsmenge. Auch die Außerhaus-Verpflegung ist noch ein Schattenbereich – hier sind meistens die staatlich-kommunalen Behörden die Auftraggebenden und es herrscht nicht viel Transparenz.

## **C. Bewertung: Neue Instrumente zur Vertragsgestaltung im Milchsektor**

### ***6. Die Vertragsgestaltung über den Markt ist ein zentrales Thema, das bearbeitet und mit Ideen ausgestaltet werden muss.***

Anknüpfend an die Debatten, die mit dem Diskussionspapier "Kostendeckende Erzeugerpreise statt Prämien!" angestoßen wurde, zeigt sich, dass die Vertragsgestaltung ein wichtiges Marktinstrument für die Zukunft darstellt – wenn wir faire Preise haben wollen, die das Einkommen der Erzeuger\*innen sichern sollen. Letztendlich wird dies durch das französische Modell bestätigt. Es zeigt aber ebenso, dass es keine Standardlösung für die Probleme der Branche gibt. Die Faktoren, die auf die Preisbildung auf den Märkten einwirken, sind sehr unterschiedlich. Ob privatwirtschaftliche Modelle der Vertragsgestaltung wirkungsvoller sind, als eine staatliche Regulierung mit Vorgaben zur Berücksichtigung von Produktionskosten in Verträgen, ist noch offen. Beide Modelle sollten weiterhin parallel diskutiert werden.

### ***7. Durch die Vertragsgestaltung muss Transparenz am Markt geschaffen werden.***

Wenn die Erzeuger\*innen zukünftig über den Erzeugerpreis nicht verhandeln können, dann erbringen sie mit dem Produkt Nachhaltigkeitsleistungen, ohne diese korrekt bezahlt zu bekommen. Bereits heute verlangen einige bekannte größere Molkereien von Milcherzeuger\*innen hohe Nachhaltigkeitsstandards, haben aber kaum höhere Auszahlungspreise als für Standardmilch. Das ist ein wichtiges Argument für die Einführung der Art. 148 und Art.201a GMO. Nachhaltigkeitskriterien werden derzeit nicht ausreichend honoriert. Ohne faire Preise ist die Transformation der Landwirtschaft aber nicht zu schaffen. Die öffentlichen Kassen sind leer, der Staat wird keine großen Hilfestellungen leisten.

Bei alledem ist es sehr wichtig Klarheit zu den Produktionskosten zu haben. Das Verfahren zu ihrer Berechnung könnte nach Ansicht der Kasseler Runde in Deutschland in ähnlicher Weise wie in Frankreich etabliert und dafür die in Deutschland verfügbaren Daten genutzt werden (Testbetriebsnetzdaten, Land-Data, regionale BZA-Ergebnisse).

Die Veröffentlichung der Produktionskosten hat schon grundsätzlich die wichtige Funktion, die abnehmende Seite darauf hinzuweisen, dass die Preise steigen müssten. Dies kann Erzeugergemeinschaften in ihrer Position gegenüber Genossenschaften und bei Verhandlungen stärken.



## **8. Es braucht nicht nur Verträge zwischen Erzeugern und Handel, sondern eine Bündelung in Erzeugungsgemeinschaften.**

Das Beispiel Frankreich zeigt eine Bandbreite an Erfahrungen der französischen Erzeuger\*innen mit dem EGALIM-Gesetz auf. Im LEH-Geschäft werden gute Verträge abgeschlossen, auch Dreiparteien-Verträge. Deshalb sollte sich auch in Deutschland mehr mit den Inhalten solcher Verträge auseinandergesetzt werden. Der hiesige LEH hat ein wachsendes Interesse daran, sich besondere Marktbereiche zu sichern (z.B. unter dem Argument der Ernährungssouveränität, oder Mikromärkte, wie regionale Eier und Milcherzeugnisse). Für Öko-Milch ist zudem die Vertragsregelung unter Nutzung der Kartellrechtsausnahme nach §210a GMO besonders interessant, weil diese vor allem an den LEH vermarktet wird und kaum exportiert wird. Die Kartellrechtsausnahme ermöglicht Vereinbarungen innerhalb der Lebensmittellieferkette, die zur Erfüllung von Nachhaltigkeitszielen dienen. Der „Orientierungsgrundpreis für besonders nachhaltige Bio-Milch“ von Bioland ist hier ein spannendes Konzept.

Das größte Problem bleibt im Milchsektor der Export unter Preis. Auch deshalb ist der derzeitige Entwurf der Bundesregierung zur nationalen Umsetzung des Art. 148 GMO mit einer Bindung von nur 80% der Milchmenge sehr kritisch zu sehen.

Bei allem braucht es eine weitergehende Bündelung in Erzeugergemeinschaften. Hier muss mehr Einigung unter den Erzeuger\*innen erreicht werden. Es muss überlegt werden, wie starke Erzeugergemeinschaften gebildet werden können. Welche Qualifizierung wäre in Erzeugergemeinschaften heute wichtig? Die ursprüngliche Idee der Erzeugergemeinschaften - das Angebot zu bündeln, damit die eigene Marktmacht zu verbessern und besser zu verhandeln - das reicht nicht zum Erfolgsmodell. Erzeugergemeinschaften müssen zum "Mitdenken in der Wertschöpfungskette" in der Lage sein.

Auf diesem Wege könnten Sie auch Argumente gegenüber den genossenschaftlichen Abnehmern schärfen, um aus der Position herauszukommen, die "schlechten Preise aus dem Exportmarkt akzeptieren zu müssen".

## **D. Wie wird weitergearbeitet?**

### **9. Die Diskussion breit anlegen und verschiedene Instrumente ansprechen**

In Frankreich gibt es traditionell eine größere Gewerkschaftsnähe in der Landwirtschaft als in Deutschland. Deshalb sollte die Diskussion in Deutschland breiter angelegt sein und neben den Artikeln 148 und 210a GMO weitere neue Instrumente der Marktorganisation entwickelt werden. Der Milchproduktionsverzicht hat sich bei der letzten Milchkrise 2016 als erfolgreiches Instrument erwiesen. Das Kartellrecht ist wichtig und auch die Debatte um die Einführung einer gesetzlichen Preisuntergrenze (Agrarorganisations- und Lieferkettengesetz (AgrarOLKG) muss geführt werden.

Mit Blick auf die Art. 148 und 210a GMO sowie die Dreiparteien-Verträge müssen konkretere Vorstellungen über deren Umsetzung in Verträgen und Vereinbarungen entwickelt werden. Was können wir von anderen Märkten, wie z.B. vom Schweinesektor lernen? Der Export von Schweinefleisch nach China ist heute kein attraktiver Markt mehr – deshalb gibt es viele Umstrukturierungen. Im Schweinemarkt gibt es einige Beispiele für starke Erzeugergemeinschaften, die

direkt mit dem LEH verhandeln (z.B. Kaufland oder Regionalprogramm Hofglück von Edeka Südwest) verhandeln und eigene Preisvorstellungen in die Verhandlungen einbringen.

Der Ausbau der europäischen Marktbeobachtungsstelle (MMO) sollte vorangebracht werden. Transparenz ist erst dann gegeben, wenn die MMO oder andere Ombudsstellen nicht nur die Erzeugerpreise, sondern auch die Produktionskosten feststellen und zu dem die erreichten Margen in der Wertschöpfungskette erkennbar machen.

In der aktuellen GAP gibt es zu wenige Angebote für die Milcherzeugung. Themen, wie Weidewirtschaft oder Grünlandmilch müssen weiter vorangebracht werden. Die Ökoregelungen bieten gute Ansätze, werden aber kaum angenommen und müssen deshalb handwerklich verbessert werden.

Märkte haben ihre psychologischen Eigenheiten. Die Agrarökonomie gibt heute aber leider keine ausreichende Antwort darauf, wie Märkte und Preisbildung funktionieren. Hier stellt sich die Frage, wo und mit wem hier weitergearbeitet werden könnte (Politik- und Wirtschaftswissenschaften). Auch die Frage danach, wie das Verbraucherverhalten beeinflusst werden kann, wird für Erzeuger\*innen immer wichtiger. Die Märkte haben sich stark verändert. Die Vermarktung über den BioDiscounter wächst, die Direktvermarktung stagniert derzeit. Wie erreiche ich vor diesem Hintergrund als Direktvermarkter für regionale Produkte eine Kundenbindung?

## E. Fair-Gerecht-Nachhaltig als gemeinsame politische Strategie?

Fazit aus der Veranstaltung: Die konkreten Berichte aus Frankreich und zur Ausgestaltung der Art. 148 und 210a sowie die dargelegten Umbrüche im LEH, aber auch die fehlende Honorierung der geforderten Nachhaltigkeitsleistungen zeigen sehr deutlich: hier ist mehr machbar und an diesen Themen sollte politisch dringend weitergearbeitet werden.

Die Zukunftskommission Landwirtschaft hat festgehalten, dass die ökonomische Nachhaltigkeit vieler Betriebe nicht mehr gegeben ist und die Erzeugerpreise für Agrarprodukte derzeit nicht die Vollkosten decken. Die Stellung der Landwirtschaft in der Wertschöpfungskette ist in den letzten Jahren immer schwächer geworden. So hat die ZKL es als eine gemeinsame Zukunftsvision formuliert, dass die "Erzeugerpreise in einem fairen, polypolistischen Markt" so gestaltet sein sollten, dass sie landwirtschaftlichen Betrieben die gesellschaftliche Teilhabe, Betriebsabsicherung und Altersvorsorge für Landwirt\*innen und ihre Familien ermöglichen." Die Entwicklung längerfristiger, auf fairen Interessenausgleich angelegte Kooperations- und Abnahmebeziehungen in der Lebensmittelwertschöpfungskette werden in diesem Zusammenhang als wichtiges Instrument für die Zukunft genannt.

Unter dem Motto "Fair – Gerecht – Nachhaltig" – sollten zwischen Umwelt- und Naturschutzverbänden und der Landwirtschaft die Allianzen dafür gebildet werden, um die Debatten und Forderungen um die Frage der Fairen Preise weiter voranzutreiben und gemeinsam zu stärken.